

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21
"Tagblatthaus".

Stollen-Gasse geöffnet von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

Tagblatt Nr. 6550-55.
Von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntagen.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7405.



Seitens-Preis für beide Ausgaben: Mt. 1.40 monatlich, Mt. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bruttogeld, Mt. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Postgebühren. — Seits-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wiesmaring 19, sowie die Ausgabestellen in allen Teilen der Stadt; in Biedrich: die dortigen Ausgabestellen und in den benachbarten Randorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pfg. für örtliche Anzeigen; 35 Pfg. für auswärtige Anzeigen; 1.25 Mt. für örtliche Reklamen; 2.50 Mt. für auswärtige Reklamen. 20% Teuerungszuschlag. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Aufnahme: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 3 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelstraße 7, 1. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Montag, 25. November 1918.

Abend-Ausgabe.

Nr 550. • 66. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Beschlagnahme von Lebensmittelvorräten in Privathaushaltungen.

Laut Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrats sind von heute ab alle in Privathaushaltungen des Stadtkreises Wiesbaden befindlichen Vorräte an Getreidemehl, Fleisch, Fleischauswaren und Wurst, Fett, Zucker, Eiern beschlagnahmt und bis längstens 30. November zur Ablieferung zu bringen. Für jeden Haushaltsangehörigen dürfen zurückgehalten werden: 3 Pfund Getreidemehl, 3 Pfund (insgesamt) Fleisch, Fleischauswaren und Wurst, 1 Pfund Fett, 4 Pfund Zucker und 20 Eier. Die Ablieferung hat im Schloß, Eingang Markstraße, zu erfolgen. Folgende Preise werden bezahlt: Für das Pfund Getreidemehl 30 Pfg., Fleisch 3,10 M., Fleischauswaren und Wurst 4 M., Fett jeder Art 5 M., Margarine 2,55 M., Zucker 55 Pfg., für Eier 60 Pfg. das Stück.

Wer gegen diese Verordnung verstößt, hat sich vor dem Arbeiter- und Soldatenrat persönlich zu verantworten.
Wiesbaden, den 24. November 1918.
Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden.

Keine Verlängerung der Polizeistunde.

Durch Unbefugte ist in die hiesigen Zeitungen eine Notiz gelangt, wonach die Polizeistunde auf 11 1/2 Uhr abends festgesetzt sei. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat im Einvernehmen mit sämtlichen Behörden Wiesbadens im Interesse der Arbeitersparnis die Polizeistunde auf 11 Uhr festgesetzt. Diese Stunde ist auf das pünktlichste einzuhalten; alle Lokale, in denen um 11,10 Uhr sich noch Personen aufhalten, werden rüchselnd geschlossen.
Wiesbaden, den 23. November 1918.

Der Stadtkommandant: Schlitt.

Pflichtunterricht der gewerblichen Fortbildungsschule.

Der Arbeiter- und Soldatenrat hat beschlossen, daß die im Lauf des Kriegs vom Pflichtunterricht der gewerblichen Fortbildungsschule befreiten Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen nunmehr den Schulunterricht regelmäßig zu besuchen haben. Der volle Schulunterricht tritt sofort in Kraft.
Arbeiter- und Soldatenrat Wiesbaden.

Die Nationalversammlung.

Weitere 500 000 Frontsoldaten für sofortige Einberufung!

W. T. B. Krefeld, 24. Nov. Nachstehendes Telegramm wurde heute an den Reichskanzler Ebert gerichtet: Der Arbeiter- und Soldatenrat Krefeld und der Soldatenrat der 4. Armee beschließen in einer im Hofe der Dufarenkaserne abgehaltenen Versammlung, die Regierung des Reichskanzlers Ebert in jeder Weise zu unterstützen. Sie fordern instimmig, ungeachtet von Gegenströmungen einer Minderheit, die sofortige Einberufung einer Nationalversammlung als Festigung der Stellung des deutschen Volkes nach innen und außen. Die Forderungen seien den einmütigen Willen von 500 000 Frontsoldaten wieder.

Auch das 10. Armeekorps gegen die Berliner Diktatur!

W. T. B. Hannover, 25. Nov. (Drahtbericht.) Gelegentlich der gestrigen Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates aus dem Bereiche des 10. Armeekorps wurde die nachstehende, von Davidsohn eingebrachte Resolution mit überwiegender Mehrheit (140 gegen 4 Stimmen) angenommen: Die zur Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte im Bereiche des 10. Armeekorps am 23. November 1918 in Hannover versammelten Delegierten erklären alle auf Einführung der Diktatur im Reich zielenden Bestrebungen für eine beschwerliche Gefahr für die Zukunft der nationalen, wie auch internationalen Hoffnungen und Pläne der Arbeiter- und Soldatenräte. Jede blinde und rohe Nachhaken über kurz oder lang dem Zusammenbruch verfallen, genau wie die Nacht der Hohenzollern. Im Gebanken der Proportionalwahlen, die wir erstreben, ist niedergelegt, daß allen Schichten des Volkes die Möglichkeit zur Mitbestimmung und Mitbestimmung gewährt werden soll. Sobald die Bescheinigung der noch zu entsaffenden sowie wahlberechtigten aktiven Soldaten und Frauen gesichert ist welche schnellstens ermöglicht werden soll, muß die Nationalversammlung einberufen werden. Zur Klärung dieser und anderer wichtiger Fragen ist vorher eine Reichskonferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte einzuberufen.

Die gleiche Stellungnahme im übrigen Nordwestdeutschland.

W. T. B. Bremen, 25. Nov. (Drahtbericht.) Eine von 107 stimmberechtigten Delegierten des Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrates Nordwestdeutschlands beauftragte Versammlung tagt heute in Bremen. Man sprach sich mit 81 gegen 20 Stimmen prinzipiell für eine Nationalversammlung aus. Mit großer Mehrheit wurde eine Entschließung angenommen, nach der sich die Versammlung auf den Standpunkt der sozialen Republik stellt, nach Abschluß der Demobilisierung die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung fordert und für die Zwischenzeit ein Provisorium in der Regierung verlangt wird, über das ein allgemeiner Delegiertentag der A- und B-Kategorie Deutschlands und Deutsch-Osterreichs entscheiden soll.

W. T. B. Krefeld, 24. Nov. Folgende Telegramme wurden an die Volksbeauftragten gerichtet: Im Auftrag von 500 000 Frontsoldaten vermahnt sich der Soldatenrat der 4. Armee aufs schärfste gegen die Annahme des Arbeiter- und Soldatenrats Berlins, der unter Umgehung der Rationalversammlung die diktatorische Gewalt über das ganze deutsche Volk erhebt. Die Front wird sich niemals der Diktatur einer Minderheit unterwerfen. Im Auftrag von 500 000 Frontsoldaten protestiert der Soldatenrat der 4. Armee gegen die von der Spartakusgruppe beabsichtigte Errichtung eines Frontsoldatenrats in Berlin. Die in Berlin anwesenden Soldaten vertreten nicht die Front. Die Front hat ihre eigenen Frontsoldatenräte erwählt. Nur diese, deren Vornehmste Forderung die Einberufung der Rationalversammlung ist, erkennt sie an.

Eine Mahnung des „Vorwärts“ an die Spartakusgruppe.

Berlin, 23. Nov. Der „Vorwärts“ schreibt: „Wir wollen keine Gewalt und kein Blutvergießen, und darum wenden wir uns nochmals an die Anhänger der Spartakusgruppe selbst und appellieren an ihre Besinnung und an ihr Gewissen. Niemand will ihnen die Freiheit benehmen, in Wort und Schrift ihre Überzeugung zu verfechten. Aber wenn sie sich das Recht herausnehmen, nicht auf Majorität, sondern auf Mehrheit gestützt, nach ihrem Willen zu regieren — was dann? Dürfen sie von uns erwarten, daß wir mit weniger Mut für unsere Überzeugung eintreten werden als für die ihrer? Ein Gewaltstreich des Spartakusbundes würde nach unserer Überzeugung die entsetzlichsten Folgen für das Volk und ganz besonders für die Bevölkerung von Groß-Berlin haben, die dadurch zum Ruine abgegriffen würde. Uns droht völliger Verfall. Sozialisten, die während des Krieges auf der alleräußersten Linken gestanden haben, sehen diese Gefahr und warnen vor ihr. Wir wollen nicht, daß noch mehr geblutet und noch mehr gekungert werden soll. Wir wollen Frieden, Freiheit, Brot! Keines von diesen dreien kann und der Spartakusband geben. Seine Politik führt nicht zum Frieden, sondern zu neuen Kriegen draußen und innen, nicht zur Freiheit, sondern zur Gewaltherrschaft. Sie bringt uns schließlich nicht Brot, sondern Hunger. Die Millionen der Stadt Berlin müssen den paar tausend Anhängern Liebheides so laut wie möglich sagen, daß sie keinen Tag von ihnen regiert sein wollen. Das ist das einzige Mittel, sie zur Besinnung zurückzubringen. Es muß mit aller Energie angewandt werden.“

Bezeichnend dafür, daß die gegenwärtige Regierung anfängt, sich stark genug zu fühlen, ist die Tatsache, daß sie heute die ergebene zuverlässige Truppen durch die Hauptstadt Berlin hat marschieren lassen, um der Bevölkerung zu zeigen, daß es noch Schutz gegen Ordnung und Sicherheit bestehende Panatthe: oih. Die Matrosen-Division, die den Soldaten der Regierung übernommen hat, und ein weiterer Teil der Berliner Garnison, Infanterie und auch Artillerie, waren um 8 Uhr nachmittags von dem Kommandanten Wels im Hofe der Heranberkaserne versammelt worden und zogen dann mit Rufen über die Linden, die Wilhelmstraße und die innere Stadt nach ihren Quartieren.

Ein erfreulicher Erfolg der alten Sozialdemokratie in Groß-Dresden.

Berlin, 25. Nov. Nach einer Meldung des „V. L.“ erlitten gestern die Unabhängigen bei den Wahlen zum Arbeiterrat Groß-Dresdens eine Niederlage. Sie erhielten nach der Zählung bis zum frühen Abend nur 4360 Stimmen, die alte Sozialdemokratie dagegen 50 400 Stimmen. Demnach dürften die unabhängigen Sozialdemokraten unter den 50 in wählenden Arbeiterräten kaum 3 bis 4 Vertreter erhalten.

Die heutige Konferenz der Bundesstaaten.

Berlin, 25. Nov. Heute wird das Reich zum erstenmal wieder in höherer Gr. an. treten. Die Einladung der Reichsregierung vereint die Vertreter der deutschen Freistaaten im Kongress auf des Reichskanzlers, um, wie der Volksbeauftragte Ebert an den hiesigen Ministerpräsidenten telegraphierte, zum Ausdruck zu bringen, daß sie weit davon entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf enge Zusammenarbeit mit ihnen bei der Wiederaufrichtung des Reiches Wert lege. Mehrheitsbeschlüsse sind nicht zu erwarten. Aber in solchen liegt auch nicht der Wert der Freistaatenkonferenz, die vor allem die Aufgabe hat, den Angehörigen der Deutschen zu dokumentieren in dem Augenblick, da der Perückelungswille unterer Geonar: so übermächtig ist, daß die Aufrechterhaltung des Waffenstillstandes zweifelhaft geworden ist. Daß die Rationalversammlung, das vornehmste Mittel zur Reichsregierung, wie Ebert hat, an erster Stelle der Erörterung stehen wird, ist sicher. Ebenso ist eine Erörterung der terroristischen Ercheinungen zu erwarten. Aber auch Ernährungs- und Transportprobleme, Demobilisierung und sonstige Lebensfragen für ganz Deutschland werden eingehend zu behandeln sein.

B. A. Berlin, 25. Nov. (Via. Drahtbericht.) Die für heute einberufene Konferenz der deutschen Freistaaten beginnt um 10 Uhr im Reichskanzlerpalais. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Frage der Rationalversammlung. Aus allen Freistaaten sind Mitglieder der Volksregierungen in Berlin eingetroffen.

Ein Vertretertag der Truppsoldatenräte in Ems.

W. T. B. Berlin, 24. Nov. Der Volksbeauftragte des Soldatenrats bei der D. S. L. erläßt heute auf vielfältige dringende Aufforderung von Frontsoldatenräten folgenden Aufruf: An alle Soldatenräte der Detachmentsgruppen des Armeekorps-Oberkommandos der West-, Ost- und Südostfront zur schleunigsten Weiterleitung an die unterstellten Generalkommandos und Divisionen: In zahlreichen Kundgebungen von Soldatenräten des Feldheeres kommt zu uns der dringende Wunsch auf sofortige Einberufung des allgemeinen Vertretertages der Truppen-Soldatenräte, deren Stimme bei der Neu-Gestaltung der Dinge im Reich nicht überhört werden soll. Einen solchen Vertretertag berufen wir hiermit auf den 1. Dezember, vormittags 9 Uhr nach Bad Ems ein. Jede Division, jedes Generalkommando, Armeekorps-Oberkommando und jede Heeresgruppe — die drei letzteren für die ihnen unmittelbar unterstellten Truppen — wollen sie einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter entsenden. Die Vorbereitungen zu der Tagung übernimmt der Soldatenrat bei der D. S. L. Der Raum der Tagung wird am Bahnhof Bad Ems noch bekannt gegeben. Soldatenräte! Beredt und argt dafür, daß jede Division durch einen aus der Truppe gewählten Vertrauensmann vertreten ist. Es handelt sich um eine einträgliche Zusammenkunft.

Eine deutsche Protestnote an die Geene.

W. T. B. Berlin, 23. Nov. An die gegenwärtigen Regierungen ist folgende Note gerichtet worden:

„Im Vertrauen auf die dem Präsidenten der Vereinigten Staaten befreundeten Grundzüge eines Waffenstillstandes hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Wilson in Stelle des erwarteten, von Grundzügen des Reichs und der Alliierten und vom Bismarck einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist und ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und Vernichtung geworden. Die Bestimmungen dieses Waffenstillstandes bedeuten in ihrer Durchführung nicht eine Brücke zum Frieden, sondern einer Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Die Forderungen des Waffenstillstandes werden der Welt den ersehnten Frieden nicht bringen. Sie wollen die Wiederherstellung friedlicher Ruhe in Deutschland und eine geordnete Demobilisierung unmöglich machen. Sie sollen das schwergeprüfte Land dem Chaos und der Anarchie preisgeben. Unsere freieschenden Proteste gegen dieses der Menschheit widersprechende Verfahren sind unachört verhallt. Mag die Härte der Waffenstillstandsbedingungen mit der Notwendigkeit begründet sein, dem Deutschen Reich den Wiederbeginn der Feindseligkeiten unmöglich zu machen, so ist doch unseren Feinden insofern klar geworden, daß diese Begründung nicht mehr reicht, denn das deutsche Volk will die Feindseligkeiten nicht wieder beginnen und kann es nicht. Die deutsche Regierung sieht in der Aufrechterhaltung der harten Bestimmungen

ein Attentat gegen die Grundzüge der Zivilisation und muß den Schluß ziehen, daß es der Regierungen der alliierten Länder auf nichts anderes ankommt als auf Vergewaltigung und Vernichtung des deutschen Volkes.

Somit nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen wandte sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder mit dem Friedenswerk einen Anfang machen wollen. Das deutsche Volk beginnt zu zweifeln, ob sich hinter dieser Verzögerung des Friedens nicht die Absicht der Feinde verbirgt, die geübten und ermüdeten deutschen Truppen durch Nichterfüllung von unersättlichen Waffenstillstandsbedingungen ins Ungewisse zu werfen und damit für die Alliierten einen Titel zu schaffen für die Fortsetzung des Krieges. Wenn der Friede als Reichsfriede geschlossen werden soll, so darf den Entscheidung in rechtlich fruchtigen Fragen nicht vorgegriffen werden. Die deutsche Regierung muß diesen vom Präsidenten aufgestellten Grundzügen gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Gissak-Lothringen getroffenen Maßnahmen, ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nicht-deutschen Bestandteile des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die Deutschen nichts anderes sind als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen.

Gegen alle diese Versuche wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung schärfsten Protest ein. Aus der Gesinnung, die aus einem solchen Verfahren spricht, kann ein Friede von Dauer nicht hervorgehen. Das deutsche Volk kann vorübergehend vergewaltigt werden, wird aber nicht aufhören, das Leben und sein Recht zu fordern.
Berlin, 23. November 1918. (Bez.) Solf, Staatssekretär.

Keine Nachgiebigkeit der Franzosen.

W. T. B. Spa, 21. Nov. In der heutigen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General Rubanz mit, daß Marschall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandsmission erbetenen Änderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere also die Ab-

Längerung der Räumungsfristen — abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an Hand der Karte, unter Angabe von Zahlen ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den festgesetzten Fristen eine Armee von über 8 000 000 Mann in Ordnung auf schlechten engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Rubant, daß er derartige Ritzteilungen künftig nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unabänderlich. Die Lage sei einmal so und nicht anders. Das sei unser schwacher Punkt. Deutschland habe die Waffenstillstandsbedingungen angenommen. Wenn es dies nicht getan hätte, so würde seine Lage nicht besser. General Winterfeldt verlas hierauf die bereits mitgeteilte Protestnote.

Auch in den Beratungen der Sonderkommissionen für Materialabgaben, Transportwesen, Gefangenrückgabe usw. zeigen die Franzosen das gleiche Bild des Siegers, der rücksichtslos seine Macht ausübt. Die Forderungen, die bezüglich der Beschaffung des zu liefernden Materials, hinsichtlich dessen Bereitstellung und dergl. erhoben werden, sind praktisch unerfüllbar. Obwohl Marshall Koch bereits bei der Unterzeichnung des Waffenstillstandes auf die Undurchführbarkeit der Bedingungen feierlich hingewiesen war und dieser Hinweis seitdem wiederholt vorgebracht worden ist, so sucht er offenbar seinen Triumph darin, die ausgezogenen Bedingungen auf die schärfste zu seinen Gunsten auszulagern und mit größter Strenge durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob Kaufende, vielleicht Hunderttausende, auf dem Rückzug vor Erschöpfung am Wege umkommen oder in Gefangenschaft geraten. Auch ob unser ganzes Transport- und Ernährungs-system zusammenbricht, Hungernot und Arbeitslosigkeit zu wirtschaftlichen und politischen Katastrophen führen, scheint den erbarmungslosen Franzosen gleichgültig zu sein.

Die Übergabe weiterer U-Boote.

Br. Rotterdam, 25. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Reuters meldet: 28 weitere deutsche U-Boote übergeben sich am Sonntag auf der Höhe von Harwich. Die Übergabe geschah in Anwesenheit des Ersten Lords der Admiralität Geddes. Unter den Booten befinden sich vier U-Bootskreuzer, von denen der eine über 100 Meter lang ist. Einer dieser Kreuzer ist der bekannte „Deutschland U 153“, der den amerikanischen Transportdampfer „Triandros“ torpedierte.

Feindliche Schiffe in unseren Kriegshäfen?

W. T.-B. London, 24. Nov. „Sunday Times“ schreibt: In Marinekreisen erzählt man, Schiffe der Hochseeflotte und eine Perleflotte würden im Laufe der Woche nach Kiel und Wilhelmshaven kommen, um sich zu vergewissern, daß die Abrüstung der deutschen Schiffe auf die vereinbarte Weise vor sich gehe. Admiral Browning solle das Kommando haben und von je einem französischen, einem italienischen und amerikanischen Admiral begleitet sein. Admiral Beatty soll von den Deutschen ein anderes Schlachtschiff und einen anderen Zerstörer verlangt haben, damit die von den Waffenstillstandsbedingungen festgesetzte Zahl erreicht werde.

Die heimkehrenden Truppen am Rhein.

W. T.-B. Ludwigshafen, 25. Nov. (Drahtbericht.) Der Durchzug der vom Westen kommenden Truppen durch Ludwigshafen und der gleichzeitige Übergang über den Rhein nahm gestern seinen Anfang. Die Stadt hat reichen Flaggen- und Girlandenschmuck angelegt. Die Truppen werden beim Erscheinen lebhaft begrüßt.

Br. Arefeld, 25. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Die 4. Armee Sirt v. Arnim kommt durch Dörfer und Städte des Niederrheins zurück nach Aachen, von der Bevölkerung aufs herzlichste bewillkommen. Die Häuser tragen festlichen Flaggenschmuck, Ehrensporen und Girlanden schmücken die Straßen. Leider besteht ein Teil unserer Lastautos nicht mehr den Anforderungen der Rückkehr. Die Stimmung der mit Waffen versehenen Truppen ist vorzüglich. Fahrzeuge, Gewehre und Helme sind mit Sonnenarabn und Blümchen der Nationalfarben geschmückt. Der A- und S-Mat Arefeld war in großer Aufregung, da das Gerücht vorgeeilt war, daß die 4. Armee einen Busfahrversuch beabsichtige. Als die Quartierabordnung der Armee hier eintraf, verlangte der hiesige A- und S-Mat die Entwaffnung. Diesem Verlangen widerlegte sich die Abordnung und erklärte, die 4. Armee lasse sich nicht entwaffnen. In einer Zusammenkunft in der Stadthalle klärte sich der Sachverhalt, so daß die beiden Soldatenräte Hand in Hand arbeiten können. Ausdrücklich verwahrt sich die Abordnung der 4. Armee gegen das Diktaturregime. Sie betont, daß die genannte Armee auf dem Boden der sozialistischen Republik stehe und die baldige Einberufung der Nationalversammlung fordere. In Düsseldorf und Duisburg wird die Armee den Rhein überschreiten.

Frankfurt der Ort der Nationalversammlung?

Br. Berlin, 25. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „A.“ hört, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Nationalversammlung in Frankfurt zusammenberufen wird, und zwar rechnet man damit, daß dies nach Überwindung der technischen Schwierigkeiten sehr bald geschehen wird. Was den Wahlmodus anbelangt, so wird, wie verlautet, angeregt, das Land in 40 Be-

Aus Kunst und Leben.

* Residenz-Theater. Arthur Schnitzlers feines dreitägiges Lustspiel „Die Geier“ gelangte am Samstag unter Herrn Schäfers sorgfamer Leitung zu recht abgerundeter Wiedergabe. Der erste Akt mit dem lustigen Nebenbesen, dem Gespänke der beiden Liebesspaare, für den Reizfaktor der Schmierkäse, zeigte sich frisch, plastisch und stimmungsbevollständig bearbeitet. Sämtliche Rollen waren neu besetzt. An erster Stelle ist Frau Lichte als feste Wai zu nennen. Sie löste ihre Aufgabe reiflos, war so ganz das süße Wiener Mädel, leichtsinnig, lustig, pikant und lieb. Dabel von einer herzerfreudigen Natürlichkeit. Frau Hauso in der großen Rolle der Christin blieb in den beiden ersten Akten etwas zurückhaltend und farblos. Sie spielte ihre Rolle für den großen Ausbruch zum Schluß des letzten Aktes und fand da wunderbare erschütternden Ton. Ebenso wußte auch Herr Müller durch Annäherung des Tones zuletzt zu paden, wie er denn überhaupt den Reiz liebenswürdig gab. Herr Kommer als Theodor hinterließ einen recht günstigen Eindruck. Er spielte gewandt und wirkte elegant. Frau v. Bendorf in der kleinen Rolle der giftigen Frau Funder erregte durch den verständnisvollen, durchaus nicht übertriebenen Realismus ihrer Rolle. Dagegen hatte Herr Kiefer, der Christinnen Vater spielte, schon bessere Abende gehabt, und Herr Richter, als beleidigter Gatte, grifferte auf der Bühne herum wie der „fremde Mann“ in der „Frau vom Meer“.

zirkel einzuteilen, innerhalb deren dann wieder eine bestimmte Anzahl von Abgeordneten gewählt werden soll.

Doch Anwachsen der revolutionären Stimmung in Italien?

Br. Lugano, 25. Nov. (Eig. Drahtbericht.) Eine revolutionäre Bewegung scheint in Italien im Gange zu sein. Einem Telegramm aus Mailand zufolge fordert die italienische Arbeiterunion von der Regierung Erfüllung aller dem Volk seit Kriegsbeginn gemachten Versprechungen: Achtstundentag, Minimallohn, soziale Vereinigung usw. unter Streikandrohung und auch sonstigen Zeichen innerpolitischer Schwierigkeiten. In der gestrigen Kammer kam es trotz der Siegestimmung zu heftigen Zwischenfällen. Es gab einen riesigen Krach und Orlando hatte eine vielbemerkte lange Unterredung mit Violitti.

Wiesbadener Nachrichten.

An die Heimat!

Vom Armeekorpskommando 5 geht uns folgender Aufruf zu: Die Truppen der 5. Armee, die heldenmütig allen Angriffen vor Verbund getrotzt haben, kehren unerschüttert nach unerhörten Anstrengungen in die Heimat zurück. Ausgerichtet Hauptes, im Bewußtsein, ihre vaterländische Pflicht bis zum letzten erfüllt und die Heimat vor den Schrecken des Kriegs im eigenen Land bewahrt zu haben, ziehen sie mit klingendem Spiel und Gesang durch die deutschen Gasse ihrer engeren Heimat entgegen. Bewohner der schönen Lande an Mosel und Rhein, von Rastau, Hesse und Franken, bietet den heimkehrenden tapferen Söhnen unseres Vaterlands einen Dank- und Willkommengruß, nach dem sie verlangen.

Schmückt eure Häuser und Straßen und laßt die deutschen Landeshorden wehen, damit wir daraus die Liebe der Heimat erkennen, die wir so lange entbehrt haben. Helft alle den Soldaten! Vereine und jeder einzelne, greift zu, wo ihr könnt, zeigt die Quartiere, die Wege, sorgt mit für die Pferde, helft das Gepäck tragen, laßt in die Straßen, wo es nötig ist, erleuchtet die Straßen, bietet eure Hilfe an. Betrachtet es als vaterländische Pflicht, uns durch Ordnung, Arbeit und Geduld zu unterstützen um das schwere Werk zu vollbringen, die Armee gesundet und in Gesundheit nach Hause zu führen.

Ein jeder helfe dazu! Unseres Dankes sind alle gewiß, die in treuer Selbstverleugnung und mit vaterländischem Opfermut und die Heimkehr erleichtern! Der Oberbefehlshaber: v. d. Marwitz, General der Kavallerie.

Deutsche demokratische Partei.

In der gestrigen Mitgliederversammlung der fortschrittlichen Volkspartei erfolgte der Anschluß der hier bestehenden fortschrittlichen Organisation an die neue demokratische Partei. In warmen Worten nahm der Vorsitzende Herr Geheimrat Alberti Abschied von der Partei und würdigte ihre Verdienste um den Aufbau des Deutschen Reichs, den liberalen Ausbau und die Verteidigung der staatsbürgerlichen Freiheit. Nachdem Herr Rektor Breidenstein das Wort um die Kompendierung der Überführung der fortschrittlichen Volkspartei in die neue Partei, die als Einigung des gesamten demokratischen Bürgeriums gedacht ist, zu begründen. Die furchtbaren Erschütterungen, welche der Weltkrieg im Gefolge hatte und die in den pfingstlichen Umwälzungen der letzten Wochen ausliefen, verlangen gebieterisch eine Neugestaltung unserer Parteiwesens. Alle Forderungen sind längst überholt und neue Ziele tun sich auf, für deren Erreichung die gesamte deutsche Bürgerschaft sich einsehen muß. Vor allem gilt es, die neue Staatsform nicht nur als etwas Gegebenes, sondern als etwas mit Kompendierung Gewordenes zu verteidigen gegen Gewalttätige jeglicher Art. Darum kann sich auch der weitestgehendste Teil der Bevölkerung nicht widerspruchslos dem Diktat einer kleinen Gruppe von bolschewistisch gerichteten Männern in Berlin fügen, sondern muß mit allem Nachdruck die sofortige Einberufung der Nationalversammlung fordern. Nur in dieser Versammlung kann eine endgültige Festlegung unserer Staatsform erfolgen, und die Lösung muß lauten: Volksrepublik, nicht sozialistische Republik! Mit aller Entschiedenheit muß verwiesen werden, daß in dieser Zeit des nationalen und wirtschaftlichen Zusammenbruchs die Herrschaft einer Klasse zur Förderung des Tages erhaben wird und man in kurzfristiger Weise selbständige Parteipolitik treibt, indem man die schwierigen Probleme der Sozialisierung des Wirtschaftslebens und seine Selbstfinanzierungsfähigkeit ins Auge zu fassen. Mit aller Klarheit muß in dieser Zeit das, was die echte Demokratie von der Sozialdemokratie unterscheidet, betont und in den Vordergrund gestellt werden. Andererseits wäre es sehr wünschenswert, daß ein Zusammenschluß aller bürgerlichen Parteien auf wirklich demokratischer Grundlage erfolge. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, einmütig dem Vorschlag des Vorstandes folgenden Anschluß an die Deutsche demokratische Partei zu vollziehen, und mit derselben Bewußtseinsfähigkeit, Treue und Disziplin, wie sie jeder einzelne Bürger in seinem Beruf für selbstverständlich hält, auch die politische Arbeit als die vornehmste staatsbürgerliche Aufgabe zu übernehmen, damit die politische Durchbildung des deutschen Volkes, und vor allen Dingen der Bürgerschaft, sich in Zukunft in kürzestem Tempo vollzieht als früher. Nachdem noch einige Redner sich durchweg zustimmend zu der Überführung der fortschrittlichen Volkspartei in die neue Partei geäußert hatten, wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, den Anschluß zu vollziehen und die erste öffentliche Versammlung am Dienstag, den 26. November, abends 8 Uhr, in die „Turnhalle“, Ederstraße 5, abzurufen.

Die sehr zahlreichen Zuschauer zeigten sich sehr dankbar für den hübschen Abend.

* Die „Literarische Gesellschaft“ veranstaltet am Donnerstag ihren zweiten dieswintertlichen Vortragabend. Sie hat dazu eine Vorlesung von Walter Hasenclever „Der Sohn“ gewählt. Dieser moderne „expressive“ Dichter kommt damit für Wiesbaden zum erstenmal zu Wort. Oberregisseur Rich. Weidert vom Mannheimer Nationaltheater wird einige einleitende Worte über Expressionismus und das Stück sprechen, auch die Inszenierung kurz erläutern, dann mit Frau Hummel und Herrn Cdemar das Stück zum Vortrag bringen.

Kleine Chronik.

Wissenschaft und Technik. 1000 R. als Preise für die zehn besten Aufsätze über die Fragen: Welche Bedeutung wird eine Sozialisierung auf Wissenschaft, Technik, Kunst und Industrie ausüben? Ist die „Umschau“ aus. Höhere Bedingungen durch die „Umschau“, Wochenschrift über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik, Frankfurt a. M., Niederrad. — Kürzlich sind in Jülich zwei weibliche Pfarrer angestellt worden, ein Vorgang, womit die Stadt nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Europa an erster Stelle stehen dürfte, sind doch die Pfarrer in den norddeutschen Ländern und in Holland tätigen weiblichen Pfarrer zur Angehörige freier Kirchen und nicht von Staat wegen angestellte Kantonsräte.

— Zur Kartoffellieferung aus dem Landkreis Wiesbaden. Die Kreisartoffelstelle des Landkreises Wiesbaden weist im Angelegenheit darauf hin, daß für die Kartoffellieferung der Wiesbadener Einwohner bis zum 16. Dezember die Stadt Wiesbaden selbst zu sorgen hat, die auch dafür allein die Verantwortung trägt. Für die Anfuhr der vom Landkreis Wiesbaden für die Einfuhrung zu liefernden Kartoffeln hat der Kreis noch Vereinbarung mit der Stadt Wiesbaden bis zum 16. Dezember Zeit, da die Einfuhrungskartoffeln erst von diesem Tag an für den Verbrauch bestimmt sind. Der Landkreis legt alles daran, seiner Lieferpflicht rechtzeitig zu genügen, trotz des großen Mangels an Transportmitteln und der ihm in letzter Stunde aufgetragenen umfangreichen Kartoffellieferung.

— Bei geistiger Arbeiter. Bei der am Sonntag im Foyer des Landes-Theaters veranstalteten Versammlung zur Wahl eines Kreis geistiger Arbeiter wurde durch Zuzug ein vorläufiger Ausschuß gewählt, dem die Aufgabe gestellt wurde, endgültige Schritte zur Zusammensetzung des Kreis geistiger Arbeiter zu treffen.

— Rotgeld. Durch die Ausgabe von Rotgeld seitens der Städte Wiesbaden und Frankfurt a. M. und einzelner Kreise ist die Geldzeichennot, namentlich auch in den ländlichen Bezirken, noch immer nicht behoben. Der Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden hat daher die ministerielle Genehmigung zur Ausgabe von 40 Millionen Mark Rotgeld erwirkt, das durch die Kassaulische Landesbank in Stücken von 5, 10, 20 und 50 R. in Teilbeträgen demnächst im Verkehr gebracht wird. Nähere Angaben über die Geldzeichen und die spätere Einföhrung werden in Kürze folgen.

Vorberichts über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Auhaus. Das heute Montagabend im großen Saale des Auhauses stattfindende große Wohltätigkeitskonzert beginnt nicht, wie angekündigt um 7, sondern erst um 7 1/2 Uhr. — Das nächste Konzert ist für Freitag dieser Woche angelegt. Zur festlichen Mitwirkung ist Heinrich Schürus, der sich zu einem ganzem Chorion der Berliner Oper gewonnen.

* Wohltätigkeitsveranstaltungen. Morgen Dienstag, abends 8 Uhr, findet im kleinen Saale des Auhauses ein Bunter Abend statt, dessen Reize mag zum Besten der heimkehrenden Wiesbadener Krieger reinerbet mit. Erste Kräfte des Kassaulischen Landes-Theaters haben sich, neben anderen Künstlern, in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Es wirken mit die Damen Gertraud Grobus, Thida Gummel, Elli Haas, Müller-Kendel, die Herren Dippel, Prof. Raunhardt, Lutzer, Strich. In Anbetracht des schönen Zweckes ist der Veranstaltung ein voller Erfolg zu wünschen.

* Reinger Stadttheater. Montag, den 26. November: „Der Waffenschmied“. Dienstag, den 27.: „Die verlorene Glode“. Mittwoch, den 28.: Einleitungsconcert Donnerstag, den 29.: Unbestimmt. Freitag, den 30.: „Romeo und Julia“. Samstag, den 1. Dez.: „Der und Zimmermann“. Sonntag, den 1. Dezember, nachmittags 3 Uhr: „Johannistag“. Abends 7 Uhr: „Die weiße Dame“.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— Dageheim, 24. Nov. Bei der gestrigen Gemeinde-Versammlung waren aus 7 Mitglieder des Arbeiter- und Bauernrates anwesend. Auf Veranlassung der Gemeinde bei den betreffenden Stellen soll sobald als möglich die höhere Straßenbeleuchtung wieder hergestellt werden. Zweck der Beleuchtung im kommenden Winter müssen die Hausbesitzer schon jetzt ihren Bedarf anmelden, damit rechtzeitig wegen der Beschaffungsmöglichkeit aus dem Gemeinde- und Staatswald mit der Forstbehörde in Verbindung getreten werden kann. Der Preis soll abeteter werden, ähnlich wie bei der Arbeiter-Versicherung, so auch die Kosten für die Arbeitslosenfürsorge (2.) zu übernehmen. Für Arbeitslosigkeit wird gefordert durch Steuerkauten, Forderungen, Verrentung und Verlegung der Festwege usw. Als Arbeitsdienst wird festgelegt für Ermodens ein Stundenlohn von 6 Pf. und für Jugendliche ein solcher von 6 Pf. Familienräte werden auch berücksichtigt. — Nach einer Erkennung des Arbeiter- und Bauernrates können Haushaltungen, die Kartoffeln eingeliefert haben, die sauren und kranken Kartoffeln, soweit sie unentziehbar sind, in der Zeit vom Montag bis Donnerstag dieser Woche gegen Quittung auf der Gemeindeverwaltung abgeben, so dieselben vom Kommissariate geprüft werden. Später soll es dafür Erlaß geben. Weitere Termine werden nach hiermit geben.

— w. Schierheim, 21. Nov. Auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe der sozialistischen Volkspartei ist der Arbeiter- und Bauernrat dabei um die Herren C. J. Rischhöfer, Georg Rich und Fritz Philipp erweitert worden.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

ö. Mainz, 25. Nov. In einer am Samstag stattgefundenen Stadterweiterungsversammlung wurde der zum Bauernrat gewählte sozialdemokratische Stadterweiterer Adolph in Eid und Pflicht genommen. Die hiesige Regierung hat die Recht der Verlegung von Bürgermeistern und Beigeordneten aufgehoben. — Für eine zu gründende Arbeiterkassette für das ganze Reich, die sich mit der Anschaffung von Autos und Kaskos, die aus dem Felde zurückkehren und mit der Gründung einer Reparaturwerkstätte sich beschäftigen wird, will der 3. Millionen und die Städte 1 Million beisteuern. Die Stadt Mainz will sich mit 2000 M. an der Gesellschaft beteiligen.

Handelsteil.

Fankn und Geldmarkt.

* Die Kapitalsabwanderung ins Ausland. Berlin, 23. Nov. Die in der Presse bereits bekanntgewordene Verordnung, betreffend Maßnahmen gegen Kapitalsabwanderung ins Ausland vom 21. November, schreibt auch für Gutschriften von Geld-einzügen zugunsten eines Ausländers die Einreichung einer besonderen Erklärung in doppelter Ausfertigung vor, wovon die eine von der Bank an die Steuerbehörde weiterzuleiten ist. Die Erfahrungen der letzten Tage lassen es überdies als geboten erscheinen, das Maßnahmer rückwirkende Kraft beizulegen, indem die Anzeigepflicht für Verbringung von Wertpapieren ins Ausland, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung vom 21. November erfolgt ist, eingeführt wird. Eine hierauf abzielende Erzeugungsverordnung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Ausländische Wechselkurse.

w. Zürich, 23. Nov. Wechsel auf Paris 80.50, auf London 23.25, auf Berlin 63.25 G., 64.50 Br., auf Mailand 71.50, auf Amsterdam 200.—, auf Wien 31.50, auf Stockholm 120.—, auf Kopenhagen 131.50, auf Petersburg. —, auf New York 4.45, auf Spalen 98.—.

Wettervoraussage für Dienstag, 26. Novbr. 1918 von der Meteorolog. Abteilung des Reichsw. Verms. u. Wetterw. u. M. Trübe, keine erheblichen Niederschläge, schwache meist südliche Winde, etwas wärmer.

Wasserstand des Rheins

Table with 2 columns: Station (Flehele Pegel, Caub, Mainz) and Water Level (0.60 m gegen 0.2 m gestrigen Vormittag).

Die Abend-Ausgabe umfasst 6 Seiten

Hauptredakteur: H. Hegerdahl.

Verantwortlich für Leitartikel und politische Nachrichten: H. Hegerdahl; für den Unterhaltungssteil: B. v. Bendorf; für den lokalen u. provinziellen Teil und Gesellschaftl.: G. Poser; für den Kunststeil: G. G. für die Anzeigen und Reklamen: B. Dornau; sämtlich in Wiesbaden, Haupt u. Verlag der S. Schellenberg'schen Buchdruckerei in Wiesbaden.

